

Eigenartiges aus Winterthur

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen**

Band (Jahr): **10 (1984)**

Heft 3

PDF erstellt am: **27.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-360101>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Winterthur

EIGENARTIGES AUS WINTERTHUR

In Winterthur braucht es gar keine Frauenbewegung mehr, denn der Stadtrat erfüllt alle ihre Forderungen, bevor sie überhaupt gestellt worden sind ... zu diesem Schluss jedenfalls könnte man kommen, wenn man hört, dass es in dieser Stadt seit Herbst 1983 ein Frauenhaus gibt und seit Anfang dieses Jahres eine Kursreihe mit dem Titel "Frauen — Angst — Gewalt" angeboten wird. Und dies ganz ohne Demos und Frauenkampf — jedenfalls möchte der Stadtrat die Dinge so gesehen haben.

Die "Hülfsgesellschaft", ein Verein, dem alle Stadträte/innen automatisch angehören, hat zusammen mit der Stadt ein Haus für geschlagene Frauen geöffnet. Dabei stellt die Stadt das Haus gratis zur Verfügung, die Betriebs-, sowie Kost- und Logiskosten der Frauen, die nicht genügend Geld haben, übernimmt die "Hülfsgesellschaft" (die hilfesuchenden Frauen müssen also wie in einem Hotel bezahlen). Eine Versuchsphase des Frauenhauses soll bis zum April 1984 laufen, dann wird entschieden, ob das Bedürfnis die Weiterführung rechtfertigt. Zu Beginn wurde das Frauenhaus von einer Gemeindeschwester geführt, heute arbeiten dort drei Frauen teilzeit.

So löblich es auch ist, dass nun auch Winterthur ein Frauenhaus hat, bleiben beim Betrachten seines Werdeganges doch einige Fragen offen. Weshalb hat niemand gewusst, dass es dieses Frauenhaus gibt? (Vor der Öffentlichkeit geheim gehalten kann natürlich kein Frauenhaus seine Aufgabe erfüllen.) Weshalb wurde im Konzept nicht von Anfang an auf die Erfahrungen anderer Frauenhäuser zurückgegriffen? Weshalb wird die Trägerschaft nicht einem unabhängigen Verein übergeben? Weshalb gibt es eine "Versuchsphase", nach der das Haus wieder geschlossen werden kann? Ist das ganze Projekt vielleicht gar ein Schachzug, um der Frauenbewegung Winterthurs im April das Argument "mangelndes Bedürfnis" ent-

gehalten zu können und somit keine langfristigen Subventionen an ein Frauenhaus erst richten zu müssen? Ähnlich merkwürdig ging es beim Kurs "Frauen-Angst-Gewalt" zu. Ein solcher Kurs wurde von der Sozialarbeiterin und Beamtin Ursula Starke angeregt — und sogleich machte sich die Stadt an die Verwirklichung. An fünf Abenden soll "den Frauen von Winterthur sachlich und umfassend aufgezeigt werden, wie sie sich vor, während und nach einem Gewaltverbrechen verhalten sollen". Der Kurs kostet 50 Franken und findet in einem Zentrum statt, das ansonsten "Klöp-peln für Anfänger" und ähnliches anbietet. Statt "einer Auseinandersetzung mit dem Rollenverständnis der Frau und den Ursachen von Vergewaltigungen", wie es sich Ursula Starke vorstellte, wird den Frauen gelehrt, welche Paragraphen bei einer Vergewaltigung in Frage kommen! Zudem wird der Kurs dank dem Kursort vor allem von Hausfrauen besucht, also nicht unbedingt jener Gruppe von Frauen, die nachts auf den Strassen anzutreffen ist.

Auch hier stellt sich die Frage, ob der Stadtrat nicht der Forderung nach Gratismassnahmen der Stadt zum Schutz der Frauen, wie sie bereits in einer Einzelinitiative gestellt worden ist, den Wind aus den Segeln nehmen will. Frei nach dem Motto: die Frauenbewegung soll uns gar nicht erst kommen, wir wissen selbst, was für die Frauen am besten ist!

Bern

Hauswirtschaft für Knaben

Der Grosse Rat steht zum Obligatorium

BZ 14.2.84 Der Grosse Rat hält am Hauswirtschaftsobligatorium für Knaben des 9. Schuljahres fest. Das Kantonsparlament lehnte gestern nachmittag mit 96 gegen 71 Stimmen eine Motion ab, mit der das Obligatorium wieder hätte aufgehoben werden sollen.

rrg. am 1. April treten im Kanton Bern die neuen Lehrpläne in Kraft. Von da an sollen Knaben im 9. Schuljahr wöchentlich vier Stunden Hauswirtschaftsunterricht erhalten. Dafür werden zwei Stunden Mathematik und je eine Stunde Deutsch und Französisch gestrichen.

An diesem "Produkt jahrelanger Arbeit der Lehrerschaft", wie es Moritz Baumberger (SP, Köniz) bezeichnete, hält der Grosse Rat fest.



Er lehnte die Motion von SVP-Vertreter Fritz Oehrli (Teuffenthal) ab, der mit dem Vorstoss die Aufhebung des Obligatoriums erwirken wollte. Mit dem Beschluss habe die Erziehungsdirektion (ED) gegen den Volkswillen gehandelt. Als 1980 über die Änderung des Primar- und Mittelschulgesetzes abgestimmt worden sei, sei von einem Obligatorium keine Rede gewesen, argumentierte Oehrli. Er äusserte im weiteren pädagogische Bedenken: Ich kann nicht begreifen, dass wichtige Fächer abgebaut werden", sagte er.

SP-Fraktionssprecherin Margrit Schläppi (Unterseen) kritisierte ihrerseits jedoch die "Kopflastigkeit" der heutigen Schule. Diese müsse wieder vermehrt die Praxis vermitteln. Für die Jugend, die heute so bald als möglich eine eigene Wohnung wolle, seien zudem Grundkenntnisse der Hauswirtschaft erwünscht. Die SP lehnte den Vorstoss ab, ebenso die Freisinnigen. Fraktionssprecher Alfred Rentsch (FDP, Pieterlen): "Die Ausarbeitung der Lehrpläne liegt in der Kompetenz der Erziehungsdirektion. Wir haben nicht das Recht, eine Motion anzunehmen, die in die Kompetenzen des Regierungsrates eingreift", meinte er.

Aus den SVP-Reihen bemängelte Marion Kretz (Gümligen) das geringe Verständnis für die Haushaltsarbeit: "Es geht mit dem Obligatorium nicht um eine Gleichmacherei oder eine Gleichschalterei", sagte sie. Es sei aber bedauerlich, dass Hausfrauenarbeit anscheinend einen so geringen Stellenwert habe.